

Chronik des Tages.

Die für das Rheinland vorgesehenen Erleichterungen sollen am 1. Dezember in Kraft treten.
Ueber die mit Locarno zusammenhängenden Fragen bereitet die Reichsregierung ein Weißbuch vor.
Zwischen Deutschland und Spanien ist ein sechsmonatiges Handelsprovokatorium abgeschlossen worden, durch das der Zollkrieg beendet worden ist.
Als Nachfolger des zurücktretenden englischen Votachastens in Berlin, Lord d'Abernon, wird der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, William Tyrer, genannt.
Nachdem Graf Skrzynski den Auftrag zur Bildung des polnischen Kabinetts zurückgegeben hat, wurde Sejmarschall Rataj mit der Kabinettsbildung beauftragt.
Bei den Kämpfen in Syrien mußten die Franzosen im südlichen Libanon vor den Aufständischen zurückweichen.

Allgemeine Abrüstung?

Mit großer Mehrheit hat das englische Unterhaus der Ratifizierung des Locarno-Vertrages zugestimmt. Nur 13 Stimmen wurden in der Schlussabstimmung gegen den Vertrag abgegeben. Auch die Arbeiterpartei stimmte nach Ablehnung des von ihr eingebrachten Änderungsantrages in ihrer großen Mehrheit für den Antrag Chamberlains. In dem Antrag der Arbeiterpartei war bemängelt worden, daß sich in dem Vertrag von Locarno keinerlei Hinweis auf die allgemeine Abrüstung findet. Von Chamberlain wurde hiergegen eingewandt, daß Locarno nicht der Platz gewesen sei, den Plan einer allgemeinen Abrüstung auszuarbeiten. Trotzdem hätten die Verhandlungen in Locarno viel dazu beigetragen, um die Abrüstung zu erleichtern.

Man wird diesen Ausführungen einige Zweifel entgegenzusetzen dürfen. Gerade in den Wochen seit Locarno hatte man schon verschiedentlich Gelegenheit, über die Abrüstungsfrage Betrachtungen anzustellen, und leider mußte man immer wieder feststellen, daß von einer großen Abrüstungsfreudigkeit bei den in Betracht kommenden Staaten noch nicht viel zu bemerken war. Das gilt besonders auch von England selbst. Es ist noch in frischer Erinnerung, wie bei dem Waidhall-Banquet der Erste Seelord für eine Verstärkung der englischen Kreuzerflotte eintrat, nachdem vorher sein Kollege von der Luft viel Ruhmenswertes von dem Ausbau der englischen Luftwaffe erzählt hatte. Neuerdings wurde allerdings gemeldet, daß England ein paar veraltete Röhre zum Abwracen verkaufen will. Man wird aber auch darin keine Abrüstung sehen dürfen, sondern vielmehr den Wunsch, die Flotte zu modernisieren.

Aus Anlaß des jüngsten Unfalles eines englischen U-Bootes wurde dann zunächst von englischen Blättern, dann aber mehr noch von der amerikanischen Presse, die Frage aufgeworfen, ob man nicht wenigstens die U-Boote abschaffen solle. Das Reutersche Bureau hat sogar den japanischen Marineminister Tatarabe über seine Meinung in dieser Sache befragt, aber die Antwort klingt nicht gerade vielversprechend. Der Minister meinte, der Vorschlag sei zwar sehr vernünftig, aber kaum durchzuführen, da ihm sicher nicht alle Mächte zustimmen würden.

Sind hiernach die Aussichten auf Abschaffung der U-Boote nicht gerade groß, so darf man andererseits auch bezweifeln, ob bei der englisch-amerikanischen Stimmungsmache gegen die U-Boote nicht andere Beweggründe als pazifistische maßgebend sind, nämlich die Erwägung, daß das U-Boot die Waffe des Schwächeren gegen den Stärkeren ist. Der Weltkrieg hat gezeigt, daß England aus der U-Boote keine Nutzen ziehen konnte, während sie ihm andererseits großen Schaden zugefügt hat. Ihre allgemeine Abschaffung würde daher nur eine Stärkung der englischen Seemacht bedeuten.

Auch die Bemühungen, wenigstens den Gaskrieg zu verbieten, sind bisher fruchtlos geblieben. Zwar hat man in Washington seinerzeit ein diesbezügliches Abkommen getroffen, aber von Frankreich ist dieses Abkommen nicht ratifiziert worden, und darum steht es nur auf dem Papier. Der kleinen deutschen Reichswehr hat man andererseits sogar den Gebrauch von Gasmasken verboten, obwohl man mit Gasmasken schon keinen Schaden anrichten kann.

So ist bisher noch jeder Versuch, wenigstens die größten Auswüchse des Wettrüstens zu beseitigen, an dem Widerstand irgend eines der beteiligten Staaten gescheitert. Die einzige Großmacht, die es bei ihren Bemühungen um die Abrüstung einigermaßen ehrlich meint, sind die Vereinigten Staaten, aber auch diese nur deshalb, weil sie sich gegen feindliche Angriffe sicher fühlen, andererseits aber in dem europäischen Rüstungsfieber eine Gefährdung ihrer geschäftlichen Interessen sehen. In Europa werden auch künftig die Macht der Verhältnisse und die Eifersucht der Staaten jeder durchgreifenden Abrüstung einen Riegel vorzulegen.

Die Erleichterungen.

Eine Mitteilung der Rheinlandkommission.

Die etwas dürftige Mitteilung der Votachasternote über die Erleichterungen im Rheinlandregime hat jetzt durch die Rheinlandkommission eine Erläuterung erfahren, aus der man die Einzelheiten der neuen Bestimmungen erkennen kann. Sie entsprechen im wesentlichen dem seinerzeit gleichzeitig mit dem Versailleser Vertrag unterzeichneten Rheinlandabkommen, das unter dem Einflusse Amerikas eine weit mildere Fassung erhalten hatte, als Frankreich sie gewünscht hatte. Es stand bisher allerdings nur auf dem Papier, da die Franzosen es von Anfang an unbeachtet gelassen hatten. Im einzelnen sollen außer den bereits bekannten Erleichterungen — Reichskommissar, Verminde rung der Besatzung — noch folgende gewährt werden:

Das Delegiertensystem kommt mit Wirkung ab 1. Dezember in Kraft. Bezüglich der Weichsbarkeit sollen die in den Verordnungen vorgesehenen Strafen herabgesetzt werden. Einzelne Strafsachen, die bisher von den Militärbehörden entschieden wurden, sollen grundsätzlich der deutschen Gerichtsbarkeit übertragen werden. Ein gütliches oder Schiedsverfahren wird hierfür ins Auge gefaßt. Die Bedingungen für die Absetzung der Beamten werden

Einschränkungen erfahren und mit Garantien versehen werden. Die Verkehrsregelung soll insofern eine gewisse Erleichterung erfahren, daß die Bestimmungen über Personalausweise und Niederlassungen im besetzten Gebiet wohlwollend gehandhabt werden. Eine die Anwendung deutscher Gesetze ausschließende Prüfung findet nicht mehr statt. Die vom Reichstag beschlossenen Besetze treten infolge dessen auch in Zukunft im Rheinland sofort in Kraft.

Die Sanktionsvollmachten gegenüber der Presse, die bisher von den Delegierten ausgeübt wurden, werden aufgehoben. Es wird eine neue Regelung geschaffen auf der Grundlage eines Güteverfahrens. Das Recht der Strafverfolgung steht ausschließlich folgenden Behörden zu: der Interalliierten Rheinlandkommission und den kommandierenden Generalen der Armeen. Die Verwaltungsmaßnahmen selbst werden nur von der Interalliierten Rheinlandkommission ergriffen, und zwar erst, nachdem sie vor einen gerichtlichen Ausschuss gebracht worden sind, dem ein deutsches Mitglied angehört.

Die bisher von den Delegierten ausgeübten Verbotsbefugnisse werden aufgehoben. Das Recht, Versammlungen zu verbieten, bleibt der Interalliierten Rheinlandkommission vorbehalten. Vorherige Anmeldung politischer Versammlungen wird auf die Garnisonstädte beschränkt.

Das Recht zur Erteilung von Waffen- und Munitionsbewilligungen wird offiziell den deutschen Behörden zurückgegeben, mit dem Vorbehalt, daß eine Verständigung mit den Besatzungsbehörden erforderlich sei.

Die Verpfändung, das Beslaggen anzumelden, kommt in Fortfall, ebenso das Recht der Besatzungsbehörde, diesbezüglich irgendwelche Verbote auszusprechen.

Die Zensur wird völlig aufgehoben. Weiter wird erklärt, daß man grundsätzlich bereit sei, den Gebrauch von Empfangsapparaten für drahtlose Telegraphie zu gestatten.

Das Ueberfliegen der besetzten Gebiete durch deutsche Flugzeuge soll von den zuständigen Zivil- und Militärbehörden einer Prüfung unterzogen werden. Schließlich haben die alliierten Behörden die Absicht, Amnestie- und Gnadenmaßnahmen zu treffen, welche durch die Umstände und die erwartete gegenseitige Befriedigung gerechtfertigt seien.

Das Unterhaus für Locarno.

Große Mehrheit für die Ratifizierung.

Die Locarno-Debatte im englischen Unterhaus hat mit der Annahme des Locarno-Paktes geendet. Nachdem zunächst ein Änderungsantrag der Arbeiterpartei mit 332 gegen 130 Stimmen abgelehnt worden war, nahm das Unterhaus den Antrag Chamberlains, wonach die Ratifizierung des Vertrages von Locarno gebilligt wird, mit 375 gegen 13 Stimmen an. Die Mehrheit der Mitglieder der Arbeiterpartei stimmte für Chamberlains Antrag und etwa 25 Mitglieder enthielten sich der Stimme.

Chamberlains Locarno-Rede.

Eingeleitet wurde die Aussprache am Mittwoch durch die angelegentlichste Rede Chamberlains über Locarno. Unter dem Beifall des Hauses hob der Minister das Verdienst der Deutschen um das Zustandekommen von Locarno rühmend hervor. Man habe sich in Locarno von der christlichen Absicht der Deutschen, an der Befriedigung Europas mitzuarbeiten, überzeugen können. Das Hauptverdienst aber gebühre Briand. Chamberlain führte dann weiter aus:

„So wertvoll die Abkommen an sich sind, noch wertvoller ist der Geist, der sie erzeugte und der sich in den internationalen Beziehungen bereits auswirkt. Wir sehen Locarno nicht an als ein Ende der Arbeit der Befriedigung und Versöhnung, sondern als einen Beginn. Man kann die Atmosphäre von Locarno am besten dahin kennzeichnen, daß, wenn der Bewohner eines anderen Planeten plötzlich in das Beratungszimmer von Locarno hineingeknallt wäre, er niemals geglaubt haben würde, dort die Vertreter von Nationen zu finden, die noch vor wenigen Jahren gegeneinander im Kriege gestanden haben. Er würde den Eindruck gehabt haben, daß sachlich denkende Geschäftsleute bestrebt sind, ihre Angelegenheiten zu regeln.“

Chamberlain erläuterte im einzelnen den Inhalt der Verträge und sagte, daß England nur das notwendige Mindestmaß an Garantieverpflichtungen einzugehen sei. Englands Garantien würden entweder wirksam auf Grund eines Spruches des Völkerbundes oder gleichmäßig zugunsten von Frankreich oder Deutschland, im Falle einer unprovokierten feindlichen Handlung eines der am Rhein angrenzenden Länder. Chamberlain schloß:

„Locarno ist ein Vertrag, der gegen niemand gerichtet ist, der die Gegenseitigkeit aller Verpflichtungen wahrt und völlig im Einklang steht mit dem Wortlaut und dem Geist der Völkerbundscharten.“

Kamsah Macdonald.

der Führer der Arbeiterpartei, der nach Chamberlain zu Wort kam, beglückwünschte diesen zu seinem Erfolge. Er forderte dringend, daß auf die in Locarno erzielten Vereinbarungen die Abschaffung der Votachastenskonferenz folgen müsse, und sagte, die Frage der Mindestzeiten müßte ebenfalls nachdrücklich verfolgt werden.

Lloyd George.

der Führer der Liberalen, beglückwünschte ebenfalls Chamberlain und zollte auch Briand Worte der Anerkennung. Lloyd George fuhr fort, die beiden wichtigsten Punkte, durch die Locarno alle Kritik zum Schweigen brachte, seien, daß Deutschland veranlaßt wurde, in den Völkerbund einzutreten, und zweitens die Einführung der grundsätzlichen vollständigen Schiedsgerichtsbarkeit.

Eine zweite Rede Chamberlains.

Im Verlaufe der Aussprache ergriff Chamberlain noch einmal das Wort, um auf verschiedene Anfragen zu antworten. Dabei ging er auch auf die Frage ein,

ob die Abmachungen irgendeine Macht zu einem neuen Einmarsch ins Ruhrgebiet ermächtigen.

Chamberlain erklärte hierzu:

Die englische Regierung sei immer der Meinung ge-

wesen, daß für eine Besetzung des Ruhrgebietes keine Ermächtigung vorhanden sei. Die Umstände, welche zu der Besetzung des Ruhrgebietes geführt haben, würden auf Grund der neuen Verträge Gegenstand des Schiedsverfahrens sein.

Das Recht irgend einer Regierung, eine solche Aktion zu unternehmen, würde Gegenstand einer gerichtlichen Entscheidung sein, und eine isolierte Aktion, welche zu einem Kriege führen könnte, sei unmöglich gemacht durch die notwendige Zustimmung aller Staaten. Auf Grund dieser Verträge könne man den Versailleser Vertrag als solchen nicht zur gerichtlichen Entscheidung bringen. Man könne und müsse dem Schieds- bzw. dem Vergleichsverfahren nur die Frage unterwerfen, ob der Vertrag, so wie er ist, dieser oder jener Macht das Recht gibt, dies oder jenes zu tun.

Richt Hofens Heimkehr.

Die Trauerfeier in den deutschen Landen.

Herrn von der Heimat, über den feindlichen Stellungnahmen, hatte den Rittermeister Manfred von Richt Hofen, Kommandeur des Jagdgeschwaders der Obersten Heeresleitung, am 31. April 1918 das Schicksal ereilt, nachdem er selbst mehr als 80 Flugzeuge zur Strecke gebracht hatte. Auf einem Fluge wurde sein Apparat abgeschossen und in den englischen Linien barg man die Leiche dieses großen Helden, den man mit militärischen Ehren zur letzten Ruhe bettete. Nach Ablauf von fünf Jahren setzten die Franzosen die Leiche des verdienten Offiziers auf dem Sammelriedhof in Fricourt bei, wo 18000 deutsche Soldaten von den Strapazen und Leiden des Feldzuges ausruhen. Die wiederholten Bemühungen, die Leiche dieses Helden in die Heimat überführen zu können, hatten endlich Erfolg.

Zu mitternächtlicher Stunde brachte eine französische Lokomotive einen Güterwagen über die Rheinbrücke bei Rehl in den deutschen Reichsbahnhof. Es war der Wagen mit der Leiche von Richt Hofens.

Der erste Gruß auf heimatischer Erde.

In Rehl hatte sich eine große Anzahl von Frontkämpfern, ehemaligen Kameraden des Verstorbenen, sowie Vertreter der Behörden und der Geistlichkeit zu einer schlichten Feier versammelt, an der auch ein längerer Bruder des Verstorbenen, Freiherr Karl Bodo v. Richt Hofen, der als Vertreter der Familie v. Richt Hofen der Exhumierung beigewohnt hatte, teilnahm.

Ein Vertreter der Rehler Kameraden begrüßte den Toten auf deutschem Boden. Ein Franz, aus den Zweigen des Schwarzwaldes gebunden, trug die Inschrift: „Dem deutschen Lufthelden auf seiner letzten Fahrt in die Heimat den ersten Gruß auf deutschem Boden ehrfurchtsvoll die Kameraden der Stadt Rehl.“

Ueberall, wo der Zug mit der irdischen Hülle dieses verdienten Fliegers durchfuhr, fanden Trauerfeiern statt. Von Appenweier durch das bairische Gebiet begleitete ein Ehrengeleit von Fliegern den Zug. In Karlsruhe, Heidelberg und Frankfurt a. M. erwarteten große Menschenmengen den Zug, um dem toten Helden ihren Gruß und ihren Dank zu bezeugen.

Die Aufbahrung in der Reichshauptstadt.

Auf dem Potsdamer Bahnhof hatten sich zahlreiche Freunde des toten Kampffliegers zu einem stillen Empfang eingefunden. Angehörige des 1. Ulanenregiments, in dem v. Richt Hofen gedient hatte, trugen den Sarg in ein Leichenauto, das ihn nach der Gedenkstätte brachte, wo die öffentliche Aufbahrung stattfand.

An diese schloß sich eine Trauerfeier, an der Reichspräsident v. Hindenburg sowie die Spitzen der Regierung und der Behörden teilnahmen. Dann folgte die feierliche Beisetzung.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 20. November 1925.

Deutsch-spanisches Handelsprovokatorium. Auf Grund von Verhandlungen zwischen dem deutschen Geschäftsträger in Madrid, Votachastat Renner, und dem Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, de Palacios, ist ein neues Protokoll für die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Spanien für einen Zeitraum von sechs Monaten abgeschlossen worden. Das Abkommen tritt sofort in Kraft.

Rundschau im Auslande.

An Stelle des zurückgetretenen jugoslawischen Interichsministers Butkischewitsch wurde der Führer der kroatischen Bauernpartei, Stefan Raditsch, zum Interichsminister ernannt.

Die italienische Kammer nahm am Mittwoch ihre Arbeiten wieder auf, wobei Mussolini, der lebhaft begrüßt wurde, eine Rede hielt.

Eine italienische Finanzdelegation unter Führung Bolpis wird in Kürze zur Regelung der italienischen Kriegsschulden an England in London eintreffen.

Sarrails Bericht.

Wie aus Paris berichtet wird, erstattete der ehemalige französische Oberkommissar für Syrien, General Sarrail, vor den vereinigten Kammerauschüssen für Deereswesen und für auswärtige Angelegenheiten Bericht über die Lage in Syrien. U. a. gab er Aufschluß über die Verlagerung und Befreiung von Sweida und über den gegen Damaskus verübten Angriff und setzte auseinander, daß er, um die christlichen Stadtviertel zu schonen, die Stadt mit Artillerie habe beschießen lassen müssen. Außerdem zählte General Sarrail die Maßnahmen auf, die ihm geeignet erschienen, in Syrien die Ruhe wiederherzustellen und das Prestige Frankreichs als Mandatarmacht. Nachdem verschiedene Mitglieder der Ausschüsse das Wort ergriffen hatten, gab Kriegsminister Daladier über die militärischen Operationen und über die eingeleiteten Effektivbestände Aufschluß. Er dementierte die Nachricht, daß man die Absicht habe, 50 000 Mann nach Syrien zu entsenden. Außenminister Briand sollte der lokalen Haltung Englands in den benachbarten N n a g e b e n A n e r k e n n u n g

Beirut bedroht.

Nach Meldungen aus Damaskus ist die wichtigste Hafenstadt Beirut ernstlich bedroht. Die Aufständischen suchen eine Verbindung untereinander herzustellen mit dem Ziel, sich Beirut zu bemächtigen. Sämtliche Eisenbahnstationen westlich vom Dschebel Drus seien in Arsenale verwandelt. Die Städte Hama und Sara seien von gewaltigen Verteidigungsanlagen umgeben.

Beirut bedroht.

Nach Meldungen aus Damaskus ist die wichtigste Hafenstadt Beirut ernstlich bedroht. Die Aufständischen suchen eine Verbindung untereinander herzustellen mit dem Ziel, sich Beirut zu bemächtigen. Sämtliche Eisenbahnstationen westlich vom Dschebel Drus seien in Arsenale verwandelt. Die Städte Hama und Sara seien von gewaltigen Verteidigungsanlagen umgeben.